

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4508. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13093. — **Verlag in Leipzig:**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4508

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelle über deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Schluß in Spa. Das Kohlendiktat angenommen.

Spa, 16. Juli. (Amtl.) Zu der heutigen Vollziehung der Konferenz hat die deutsche Delegation die Forderungen der Entente in der Kohlenfrage angenommen und unterzeichnet, nachdem in der ober-schlesischen Kohlenverteilungfrage eine Berücksichtigung der deutschen Forderungen in Aussicht gestellt worden war, und unter Ablehnung des § 7, der die Einmarschklausel enthält. Die Beratung der Wiedergutmachungsfrage wurde auf eine neue Konferenz, die in einigen Wochen in Genf zusammenzutreten soll, vertagt.

Spa, 16. Juli. In der Vollziehung der Konferenz erklärte Reichsminister Dr. Simons, die deutsche Regierung mache hinsichtlich der Kohlenfrage, in der Finanzfrage, in der ober-schlesischen Frage und in der Besetzungfrage Einwendungen. Deutschland wünsche, daß die angebotene Prämie von 5 Goldmark für die Tonne und der Vorbehalt, der auf die Differenz zwischen Inlandpreis und Weltmarktpreis für die Kohlenlieferung berechnet werde, nicht nur für die über Land gelieferte Kohle, sondern auch für die über See gelieferte bewilligt werde. In der ober-schlesischen Frage bestimme die deutsche Regierung auf Garantien, die ihr die Besehung mit Ostkohle für den Fall von Schwierigkeiten im Ruhrgebiet sichern. Zu § 7 (Einmarschklausel) konnte die deutsche Regierung ohne vorherige Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften ihre Zustimmung nicht geben. Sie schlug daher eine solche Fassung vor, daß diese Klausel nur eine Ausföhrung der im Annez 2, §§ 17 und 18, für den Fall vorläufiger Verletzung der Reparationslieferung vorgesehenen Bestrafung sei.

Die Alliierten antworteten, die deutschen Forderungen in der Finanzfrage könnten nicht angenommen werden. In der ober-schlesischen Frage erklärten die Alliierten, sie hätten dieselben Absichten wie die deutsche Regierung. Bei § 7 (Einmarschklausel) sei eine Abänderung unmöglich.

Die deutsche Delegation zog sich ab dann zu einer Sonder-sitzung zurück, worauf eine Kabinettsitzung abgehalten wurde, die zu dem Ergebnis kam, an folgenden zwei Punkten fest-zuhalten, daß in der ober-schlesischen Frage eine Zusage in dem von Lloyd George geäußerten Sinne erfolge und daß der § 7 wegfalle. Hinsichtlich des § 7 versuchten die Alliierten immer wieder, durch die militärischen Drohungen die deutsche Unterschrift zu erzwingen.

In der sich anschließenden Vollziehung erklärte Miliereand, die deutsche Regierung habe anscheinend noch immer nicht verstanden, daß es der unbedingte Wille Frankreichs sei, die Erfüllung des Friedensvertrags unter allen Umständen sicherzustellen. Lloyd George bemerkte, er begreife nicht den deutschen Widerstand gegen die Unterzeichnung der Einmarschklausel. Er könne nur annehmen, daß die deutsche Regierung hier unter Ein-flüssen von außen stehe. Es seien anscheinend Bestrebungen von deutscher Seite im Gange gewesen, denen an einer Besetzung des Ruhrgebiets durch die Alliierten gelegen sei.

Reichsminister Dr. Simons betonte den festen Willen der deutschen Regierung, den Friedensvertrag auszuführen. Deutschland wisse wohl, daß die Gegner die Macht hätten, die Durch-föhrung des Vertrags zu erzwingen. Am so weniger verleihe man deutscherseits die Drohung mit militärischen Maßnahmen. Die deutsche Regierung kenne keine Einflüsse von außen außer einem, der sei die deutsche öffentliche Meinung. Jeder neue Fall, in dem man die deutsche Regierung unter Drohung mit militärischen Zwangsmahnahmen zu einer Unterschrift zwingt, mache ihr die Unterschrift für das nächstmal schwerer.

Ministerpräsident Delacroix machte darauf den Vorschlag, die Reparationsfrage nicht mehr zu beraten, sondern sie auf einer neuen Konferenz, die in einigen Wochen in Genf zusammenzutreten würde, zu regeln. Der Vorschlag wurde angenommen.

Ministerpräsident Delacroix schloß darauf mit einer längeren Rede die Konferenz. Kurz nach 8 Uhr fand dann die Unterzeich-nung des Protokolls in der Kohlenfrage statt. Für die deutsche Regierung leisteten Reichsfinanzminister Fehrenbach und Reichsminister Dr. Simons die Unterschrift mit dem Hinweis auf den in solchen Fällen üblichen diplomatischen Formel „sous reserve de l'article 7" — unter Ablehnung der Einmarschklausel des § 7.

Berlin, 17. Juli. Die deutsche und die alliierten Delegationen werden heute von Spa abreisen. Stünes und Widsel sind bereits gestern von der Unterzeichnung des Kohlenabkommens abgereist. Der Botschafter mit dem Hinweis auf die demonstrative Bedeutung bei und nimmt an, daß diese Herren als Vertreter des unnahgiebigen Standpunktes mit ihrer vorzeitigen Abreise die

Verantwortung für die Unterzeichnung ablehnen wollten.

Bei der Verteilung der ober-schlesischen Kohle soll eine für Deutschland günstige Regelung dadurch erzielt werden, daß ein festes Quantum von etwa 1 1/2 Millionen Tonnen zugesichert werde. Da der Anteil Deutschlands an der ober-schlesischen Kohle 1 275 000 Tonnen betrug, so würden durch diese Regelung einige der schlimmsten Folgen der Ablieferung zum Teil behoben werden.

Die Vor-sitzenden der Bergarbeiterorgani-sationen sind telegraphisch zusammenberufen worden, um zu der etwaigen Besetzung des Ruhrgebiets Stellung zu nehmen. Im Falle der Besetzung des Ruhrgebiets werden die gesamt-schlesischen Bergarbeiter in Rheinland und Westfalen die Weberschichten befehligen und Massenab-mä-rschmä-rchen nach den andern Kohlengebieten Deutschlands erfolgen.

Genugtuung für den Nationalistenstreich am Pariser Platz.

Berlin, 16. Juli. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt und der Stellvertreter des zur Zeit in Urlaub befindlichen Volk-repräsentanten statteten heute mittag in der französischen Bot-schaft einen Besuch ab, um wegen der Verletzung der französi-schen Flagge amtl. das Bedauern auszusprechen. Um 1 Uhr wurde die französische Flagge auf dem Botschaftsgebäude gehißt. Eine Kompanie Reichswehr erwies internationalem Brauche gemäß die Ehrenbezeugung.

Der preussische Minister des Innern hat zwei für die Anzönglichkeit der betroffenen Sicherheitsmahnahmen verantwort-liche Beamte aus dem Dienste entlassen.

Der Polizei ist es gelungen, den Mann, der am Mittwoch von dem Gebäude der französischen Botschaft die Fahne heruntergeholt hat, in Steglitz bei Berlin festzunehmen. Es handelt sich um einen Schlosserlehrling Karzeminaki.

Die Unverantwortlichen.

Berlin, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Gestern abend ist es wieder vor der französischen Botschaft zu sehr unliebsamen Demonstrationen gekommen. Bis um 7 Uhr abends sammelten sich auf dem Pariser Platz vor der französi-schen Botschaft wieder starke Gruppen an, unter denen vor allen die Studenten vertreten waren. Die Demonstranten hielten Drohrufe gegen die Botschaft aus und sangen nationalistische Lieder. Ein junger Mann, der in der Nähe des Pariser Platzes eine aufreizende Rede hielt, wurde von Beamten der Sicherheits-polizei verhaftet. Den Beamten der Sicherheitspolizei gelang es schließlich, durch nütliches Zureden die Menge zu zerstreuen. Die Unfähigkeit der Sicherheitspolizei, derartige Demonstrationen zu verhindern, wächst offenbar mit jedem Tage. Die Ehrung, die aus internationalen Gründen eine Reichswehrkompanie gestern durch Gröhen der französischen Flagge für die Verletzung der Exter-rioritätät der französischen Gesandtschaft hat erweisen müssen, scheint anstatt erhellend nur noch aufreizend auf die unverant-wortlichen Elemente gewirkt zu haben. Die Verantwortung für dieses Deutschland so schwer schädigende Verhalten tragen selbst-verständlich die sogenannten nationalen Parteien, die es sich auch jetzt nicht nehmen lassen, durch die Ver ihrer Verlesterkattuna und durch ihre Leitartikel immer von neuem die nationalstischen Ausbrüche anzuleeren und die Völlerverhetzung zu steigern.

Der Blutgier der Bourgeoisie entgangen.

Wien, 16. Juli. Nach amtlichen Mitteilungen hat die Re-gierung mit der russischen Sowjetregierung einen Vertrag über die Heimkehr der österreichischen Kriegsgefangenen abgeschlossen und ratifiziert. Da Rußland den Abschluß davon abhängig machte, wie die ungarischen Volkskommis-sare in Wien be-handelt würden, hat die österreichische Regierung den ungar-ischen Flüchtlingen die Ausreise nach Rußland er-möglicht, um keinen Vorwand zur weiteren Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu geben.

Wien, 17. Juli. Außer den ungarischen Volks-kommis-saren hat auch der Münchner Spartakistenführer Devien, dessen Auslieferung Bayern vergebens gefordert hatte die Reise nach Rußland mit einem Gefangenen-austausch ange-treten.

Oderberg, 16. Juli. Der gestern aus Wien abgegangene Zug mit russischen Kriegsgefangenen ist hier durchgefahren. Die un-garischen Volkskommis-sare befinden sich aber nicht mehr darin; es muß angenommen werden, daß sie den Zug früher verlassen haben.

Charles Diktat.

Die deutschen Regierungsvertreter in Spa haben ein kommen unterzeichnen müssen, das Deutschland und insbe-sondere der deutschen Arbeiterschaft schwere Last aufzudet. Es ist unnützlich, die Augen davor zu verschließen, daß die Ab-machungen über die Kohlenlieferung eine Härte bedeuten, wie sie eben nur regreicher Imperialismus dem Besiegten auferlegen kann. Die Lieferung von zwei Millionen Tonnen Kohlen pro Monat wird nur unter Ausbietung aller Kraft und unter bedenklicher Benachteiligung der deutschen Wirt-schaft möglich sein. In diesem Winter wird das deutsche Volk, vor allen Dingen das deutsche Proletariat, abermals in unzureichend geheizten Wohnungen frieren müssen und die Arbeitsgelegenheit großer Scharen deutscher Arbeiter wird während der Dauer dieses Abkommens stets aufs neue von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit durch Kohlenmangel bedroht sein.

Dennoch mußte die Unterzeichnung geschehen, nachdem einige kleine Zugeständnisse der Entente erreicht worden waren. In mehreren Punkten hat sie sich hart und unnach-giebig gezeigt, und namentlich auf die Drohung mit der Be-setzung des Ruhrreviers hat sie nicht verzichten wollen. Ge-genüber uns indes fraglich, ob man diese Geste allzu tragisch nehmen darf. Die Ausführungen, die Lloyd George in in-ternen Sitzungen der Entente gemacht hat, zeigen, daß er sehr wohl die Notwendigkeit empfindet, auf die Stimmung der Bergarbeiter Rücksicht zu nehmen. Dieser ebenso scrupel-lose wie vom Standpunkt bürgerlicher Anschauung gescheite und geschickte Staatsmann weiß, daß der Einmarsch in das Kohlengebiet ein zweischneidiges Schwert ist, das er auch schon wegen der Rückwirkung auf die schwierige Lage der englischen Bergarbeiterschaft nur im alleräußersten Falle ziehen würde. Er hätte die Anwendung dieses gefährlichen Mittels den Franzosen gestatten müssen, wenn es in Spa jetzt nicht zur Verständigung gekommen wäre und die französi-schen Imperialisten mit der Beschäftigung hätten auftreten können, daß Deutschland den Friedensvertrag überhaupt nicht erfüllen wolle. Er wird sich aber wohl dreifach über-legen, ob die mannigfachen Gefahren dieser Methode riskiert werden dürfen, wenn Deutschland bei ehrlicher Anstrengung die Lieferungsverpflichtung nicht bis aufs genaueste erfüllen könnte. Die Gefahr eines andern Ausganges ist freilich nicht be-stimmt abgewendet, aber das ist in der heutigen Lage Deutschlands mit den Mitteln der kapitalistischen Politik überhaupt nicht möglich. Die deutsche Vertretung hatte nur zwischen zwei Uebeln zu wählen, zwischen einer direkten schweren Katastrophe mit unabsehbaren Folgen, nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die politische Einheit Deutschlands, und einem ungewissen Unheil, das später eintreten kann, das man aber zu vermeiden hoffen darf. In dieser Lage mußte die Entscheidung gefällt werden.

Für die schweren Leiden, die dieses Abkommen über Deutschland und insbesondere über die deutsche Arbeit-erschaft bringt, sind rechtlos die Kriegstreiber und Kriegsgewinn-verantwortlich, und ganz besonders jene Kriegsgewinnler großen Formats aus der Schwerindustrie, die die Krieg-föhrung durch die Zerstörung der französischen Kohlen-gruben vergiftet haben, um eine unbedeutsame Konkurrenz zu beseitigen. Die Times erklärte dieser Tage, die Kohlen-not verursache Leiden für die Bevölkerung, aber es sei nicht einzusehen, weshalb nicht diese Leiden auf den Besiegten ruhen sollen, die die Verantwortung für den Krieg tragen. Vom Standpunkt des Imperialisten ist das allerdings eine durchaus verständliche Anschauung, und man darf in Deutsch-land, wenn man die Härte der Entente in Spa beklagt, nicht vergessen, daß in Frankreich infolge dieser verbrecherischen Zerstörungen der Kohlenminen ebenso große oder noch größere Kohlennot als in Deutschland vorhanden ist. Der Vorwand, daß die Zerstörungen aus militärischen Gründen hätten vorgenommen werden müssen, hält aber selbst dann nicht Stand, wenn man sich einmal auf den Boden solcher militärischer Gründe begibt, denn die entscheidende Zer-störung der französischen Bergwerke ist von der deutschen Heeresleitung erst im Oktober 1918 angeordnet worden, als für jeden Ein-sichtigen die Niederlage Deutschlands schon ent-schieden war. Gerade deswegen wirkt diese Zerstörung so vergiftend auf das französische Volk. Sie zeigt sich ihm schon wegen des Zeitpunktes, in dem sie vorgenommen wurde, als ein entweder sinnloser Racheakt oder als ein skrupelloses im-perialistisches Manöver. Im Juniheft der Hardenschen Zu-kunft ist in einem Bericht nach den Aussagen von Ju-